

## **Einigung zur Aufteilung der Flüchtlingskosten Städte und Gemeinden fordern Geld für die Integrationsarbeit!**

"Nachdem sich der Bund und die Länder über die Aufteilung der Flüchtlingskosten geeinigt haben, müssen die Kommunen nun endlich Geld für die Integration der Flüchtlinge erhalten", erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, heute in Hannover. "Der Finanzierungsbedarf für die Integration ist erheblich. Das Geld wird den Kommunen bisher jedoch vorenthalten und muss schnellstens weitergeleitet werden. Wer Integration erfolgreich gestalten will, muss die Kommunen entsprechend finanziell unterstützen, um die nötigen Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen. Wir machen in den Städten und Gemeinden die Arbeit und entlasten damit das Land, daher ist es an der Zeit, dass diese Kosten vom Land anerkannt werden", so Trips.